

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
STADTVERBAND HALLE (SAALE)



Beschlussbuch des SPD-Stadtparteitages der SPD Halle am 06.10.2012

Halle (Saale),
15.01.2013

ADRESSE

SPD Halle (Saale)
Adolf-Reichwein-Haus
Große Märkerstraße 6
06108 Halle (Saale)
www.spd-halle.net

KONTAKT

TEL 0345 2029439
FAX 0345 4789498
rg.sued@spd.de

VORSITZENDE

Katja Pähle

STELLVERTRETER

Christian Weinert
Lukas Balsler

SCHATZMEISTER

Wolf-Michael Groß

GESCHÄFTSFÜHRER

Stefan Will

Inhaltsverzeichnis

SPD-Zukunftspapier	3
Schüler/innenfahrtskosten unbürokratisch(er) und sozial gerecht(er) gestalten!	7
Hochstraße gestalten	8
Kinder- und Jugendtheater „Thalia“ als Marke erhalten	9
Unterstützung von Kommunen mit hohem Arbeitslosenanteil	10
Förderung umweltorientierter Auftragsvergabe bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen	11
S-Direkt-Belegschaft unterstützen	13
SPD-Rentenkonzept anpassen	14
SPD-Rentenkonzept anpassen (2)	15
Resolution: Starke Universität – starke Stadt: Eine aufgabengemäße Finanzierung der Martin-Luther-Universität ist notwendig!	17

BESCHLUSS 1

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

SPD-Zukunftspapier

Präambel

Die Weiterentwicklung des SPD-Stadtverbandes als Reaktion auf die vergangenen Wahlniederlagen und deren ausführlicher Analyse soll von drei maßgeblichen Entwicklungslinien geprägt sein:

1. In einem ersten Schritt ist die inhaltliche Ausrichtung zu überarbeiten. Dazu gilt es zunächst, als Dach des inhaltlichen Vorgehens Leitlinien im Rahmen eines Leitantrages zu entwickeln und abzustimmen. Diese Leitlinien sind bis Anfang 2013 mit konkreten Themen zu untersetzen.
2. Deren Erarbeitung soll in einem zweiten Schritt mittels eines offenen, bürgernahen und von den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften, der Stadtratsfraktion und dem Stadtvorstand geführten Prozesses erfolgen. Ziel dieser Vorgehensweise ist eine themenspezifische Profilierung der SPD Halle unter intensivem Einbezug der Hallenserinnen und Hallenser. An einer Umsetzung der erarbeiteten Zielstellungen arbeitet anschließend insbesondere die SPD-Stadtratsfraktion mit Unterstützung der SPD-Gliederungen und der SPD-Mandatsträgerinnen und -Mandatsträger der übrigen politischen Ebenen.
3. Aufbauend auf der Analyse sowohl der Erfahrungen der vergangenen Jahre als auch dieses inhaltlichen Erneuerungsprozesses soll dann, bis September 2013, eine Diskussion zur innerparteilichen Verantwortungskultur, Arbeitsweise und besseren Einbindung von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern in unseren Stadtverband erfolgen. Die Mitgliedschaft wird in diesen Prozess eng eingebunden.

SPD in Halle – Erreichtes und Herausforderungen

In Halle (Saale) hat sich in den vergangenen Jahren viel zum Positiven verändert: In dieser Zeit haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Stadt Verantwortung übernommen und ihre Geschicke maßgeblich beeinflusst. Zwei sozialdemokratische Oberbürgermeisterinnen waren an diesem Erfolg maßgeblich beteiligt. Auf das Erreichte können wir mit Stolz zurückschauen, da es sich auch in den kommenden Jahren zum Wohle Halles auswirken wird. Dazu zählen beispielsweise:

- ein bundesweit überdurchschnittliches Kinderbetreuungsangebot, das nicht nur eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht, sondern auch Ausgangspunkt für lebenslanges Lernen ist;

- eine deutliche Verbesserung des Verkehrsnetzes, so z. B. die Straßenbahnverbindung zwischen Hauptbahnhof und Halle-Neustadt, der Umbau des Riebeckplatzes und der direkte Anschluss von Halle-Neustadt an die Autobahn 143;
- die Sanierung eines Großteils der historischen Innenstadt sowie der gründerzeitlichen Bebauung, stadtbildprägende Neubauten wie das Händelkarree, sowie der Technologiepark „weinbergcampus“, als Ausdruck des Netzwerkes von Wirtschaft und Wissenschaft;
- neue Sportstätten, die nicht nur eine nachhaltige Entwicklung des Profifußballes in Halle ermöglichen, sondern die Integrationskraft des Sports in Halle insgesamt stärken;
- der Verbleib der Stadtwerke und der kommunalen Wohnungsunternehmen im Eigentum der Stadt als attraktive und starke Arbeitgeber, die unter kommunaler Kontrolle eine vielfältige, soziale, umweltfreundliche und vorausschauende Entwicklung Halles ermöglichen und das Rückgrat für unsere kommunale Daseinsvorsorge darstellen.

Die für die SPD verlorene Oberbürgermeisterwahl hat aber gezeigt, dass wir mit unseren bisherigen Erfolgen und dem Wirken in unserer Heimatstadt unsere Wählerinnen und Wähler nur ungenügend erreicht haben. Das Ziel der SPD ist es aber, diese erfolgreiche Entwicklung unter den sich verändernden Bedingungen weiter zu unterstützen, uns zum Wohle der Stadt einzubringen und mit unserer Partei in Verbindung zu bringen. Nur einige der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen seien hier genannt:

- der finanzielle Engpass im Stadthaushalt,
- eine mit dem demografischen Wandel einhergehende Änderung der Bevölkerungsstruktur,
- die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene überdurchschnittliche Anzahl an auf staatliche Unterstützung angewiesene Hallenserinnen und Hallenser,
- die daraus resultierende Kinderarmut,
- weiterer Ausbau verkehrspolitischer und infrastruktureller notwendiger Maßnahmen.

SPD – Ein neuer Kompass für Halle

Nach unserer Überzeugung muss sich Halle zu einer Stadt entwickeln, die unabhängig von Lebensalter und -situation der einzelnen Menschen als attraktive, lebens- und liebenswerte Stadt wahrgenommen wird. Eine Stadt, in der jeder seine Zukunft finden kann, und in der Gleichberechtigung, Toleranz, soziales und umweltorientiertes Denken sowie das Miteinander der Generationen bestimmende Größen sind. Damit das gelingen kann, sind sowohl der intensive Austausch als auch die Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern unerlässlich.

Damit dieser Prozess erfolgreich ist, richtet die SPD Halle ihr Vorgehen an folgenden inhaltlichen Leitlinien aus:

- **HALLE ALS STADT DER BILDUNG, KULTUR UND WISSENSCHAFT!**

In Halle hat sich eine vielfältige Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungslandschaft entwickelt, die als Motor für die weitere Stadtentwicklung begriffen werden muss. Dieser Bereich, und als treibende Kraft ist hier die Universität herauszustellen, kann dabei nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch wichtige Rahmenbedingungen für Investoren im produzierenden Gewerbe schaffen und somit die Basis für wachsende Wirtschaftsleistung sein. Daraus folgt Arbeit, von deren Bezahlung man leben kann. All dies ist aber nur möglich mit Bildung, angefangen von der frühen Kindheit bis zum Berufs- bzw. Studienabschluss und im weiteren Leben. Bildung bestimmt über die sozialen Verhältnisse von morgen und muss deshalb unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen für alle zugänglich sein und ist somit Grundlage einer gesunden Stadtentwicklung. Dies ist in Halle durch ein integriertes und übergreifendes Bildungskonzept und die Sanierung von Schulen und anderer Bildungseinrichtungen voranzutreiben. Halle muss Kulturzentrum des Landes bleiben. Ein qualitativ hochwertiges Kulturangebot mit überregionaler Ausstrahlung macht unsere Stadt weiterhin attraktiv.

- **HALLE ALS SOZIALE STADT ENTWICKELN!**

Den Herausforderungen, vor die uns der demografische Wandel stellt, muss in Halle angemessen begegnet werden: Die Bevölkerung unserer Stadt wird weiter schrumpfen und der Anteil der über 65jährigen wird weiter steigen, woraus sich unabwendbar noch stärkere Veränderungen ergeben. Unser Ziel ist es dabei, eine lebenswerte Stadt für alle Generationen und unabhängig vom Einkommen zu entwickeln. Jeder hat das Recht auf gerechte Teilhabe. Dazu gehört für uns eine ökologische, altersangemessene und sozialverträgliche Weiterentwicklung der Infrastruktur der gesamten Stadt, die weitere Sanierung des Verkehrsnetzes, eine Optimierung der Kinder- und Jugendarbeit sowie modernes und zugleich bezahlbares Wohnen in allen Stadtteilen für alle Generationen. Die Schaffung und der Erhalt von attraktiven und wohnnahen Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten sind für uns von großer Bedeutung.

- **HALLE ALS STADT BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS!**

Bürgerschaftliche Initiativen und Projekte sowie Vereine prägen unsere Stadt in vielfältiger Weise im kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich. Sie beruhen auf ehrenamtlichem Engagement und sind unerlässlich, da sie Bindeglieder der Gesellschaft und Vermittler sozialer Kompetenzen darstellen. Alle Bürgerinnen und Bürger sind dazu anzuregen, selbst für ihre Stadt und ihren Lebensbereich Initiative zu ergreifen, egal ob im (Breiten-)Sport, in der Kulturszene oder im Bereich alternativer Stadtkultur. Dafür muss die Stadtverwaltung ihre Unterstützung für Vereine und bürgerschaftliches Engagement auf Basis einer transparenten und berechenbaren Förderpraxis garantieren. Breitensport ist in seinen Facetten zu stärken.

Mit dem Beschluss zu diesen Leitlinien geht die SPD Halle (Saale) den ersten Schritt zu einer thematischen Profilierung unserer Partei, die wir in einem bürgerorientierten Diskussionsprozess mit konkreten Schlüsselthemen untersetzen wollen. Jedes Mitglied unserer SPD in Halle (Saale) ist aufgefordert, sich mit Ideen einzubringen. Der Erneuerungsprozess ist nicht nur eine Aufgabe der Vorstände in den Gliederungen. Wir werden uns zudem für Bürgerbeteiligung öffnen, wollen zuhören, Impulse der Bürgerinnen und Bürger aufgreifen und einen Dialog pflegen.

BESCHLUSS 2

Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

Schüler/innenfahrtkosten unbürokratisch(er) und sozial gerecht(er) gestalten!

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert, Anträge zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) in den folgenden Punkten in den Stadtrat einzubringen sowie ggf. für diese Punkte in der zum Thema eingerichteten Arbeitsgruppe zu werben:

- in § 2 Abs. 1 sind die Mindestentfernungen durch eine Halbierung der gegenwärtig festgeschriebenen Entfernungen nach unten anzupassen;
- in § 2 Abs. 2 ist nicht mehr der Zugang zum Schulgrundstück, sondern das regelmäßig durch die/den Schüler/in frequentierte Schulgebäude zum Maßstab zu nehmen;
- in § 3 Abs. 4 ist die Geltungsdauer des Tickets auf 6 bis 21 Uhr auszudehnen, um schulische Aktivitäten, die 18 Uhr beginnen, zu ermöglichen;
- § 7 ist ersatzlos zu streichen.

BESCHLUSS 3

Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

Hochstraße gestalten

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass im Zuge der in den kommenden Jahren notwendigen Sanierung der sogenannten Hochstraße zwischen Altstadt und Franckeschen Stiftungen eine optische Aufwertung des Bauwerks erfolgt. Insbesondere soll geprüft werden, ob sich das Konzept der Freiraumgalerie in Halle-Ost in Kooperation mit der Kunststiftung Sachsen-Anhalt auf eine optische Umgestaltung der Hochstraße übertragen lässt.

Begründung:

Die Hochstraße wird den Hallenserinnen und Hallensern nach Aussage der Stadtverwaltung voraussichtlich noch für über dreißig Jahre erhalten bleiben – so lang ist die derzeitige Restnutzungsdauer. Ein Abriss ist angesichts fehlender realisierbarer Alternativen nicht absehbar. Die unerfreuliche Lage der beiden großen Straßenbrücken zwischen der südlichen Altstadt und dem Welterbekandidaten Franckesche Stiftungen erfordern allerdings, dass zumindest eine optische Aufwertung für die Dauer der Restlaufzeit ernsthaft in Erwägung gezogen wird. Mit der Freiraumgalerie rund um die Landsberger Straße verfügt die Stadt mittlerweile über einen ausgezeichneten Erfahrungsschatz zur Umgestaltung problematischer Bausubstanz. Dieser könnte für ein eventuelles Gestaltungsprojekt rund um die Hochstraße genutzt werden.

BESCHLUSS 4

Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

Kinder- und Jugendtheater „Thalia“ als Marke erhalten

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Spielstättenverlegung des halleschen Thalia Theaters auf die Kulturinsel am neuen Standort entsprechend sichtbar gemacht wird. So sollte darauf hingewirkt werden, dass die Bandansage in den Straßenbahnlinien angepasst und an den Gebäuden der Kulturinsel der Thalia-Schriftzug angebracht wird.

Begründung:

Seit Beginn der Spielzeit 2012/2013 befindet sich die Spielstätte des halleschen Kinder- und Jugendtheaters auf der Kulturinsel in der Altstadt. Während am alten Objekt bereits jegliche Hinweise auf den früheren Standort verschwunden sind, unter anderem wurde auch der Hinweis auf das Theater aus der Bandansage in der Straßenbahn für die Haltestelle Hermannstraße entfernt, ist am neuen Standort noch nicht zu sehen, dass hier eine Sparte der Kultur GmbH Einzug gehalten hat. In Gesprächen mit der HAVAG bzw. der GmbH könnte sich die SPD-Stadtratsfraktion für entsprechende Veränderungen stark machen. Schließlich hatte sich neben dem SPD-Stadtverband auch die Fraktion für einen Erhalt der Sparte stark gemacht.

BESCHLUSS 5

Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an dies SPD-Landesgruppe Ost im Deutschen Bundestag

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

Unterstützung von Kommunen mit hohem Arbeitslosenanteil

Die SPD-Bundestagsfraktion möge einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, der regelt, dass Kommunen mit einem hohem Anteil an Leistungsempfängenden nach SGB II in Abhängigkeit von diesem Anteil zusätzliche finanzielle Unterstützung durch den Bund erhalten.

Begründung:

Derzeit beteiligt sich der Bund prozentual an bestimmten Leistungen in Abhängigkeit vom Bundesland. Strukturschwache Städte und Gemeinden mit einer hohen Arbeitslosigkeit werden derzeit kaum berücksichtigt. Diese Regionen leiden unter einer Doppelbelastung:

1. geringe Einnahmen durch fehlende Arbeitgeber in der Region;
2. hohe Kosten durch daraus folgende Erwerbslose, sowie derer, die im Niedriglohn- und Dienstleistungssektor beschäftigt sind und aufstockend zu ihrem Gehalt Leistungen empfangen müssen.

Aus der daraus folgenden Knappheit der kommunalen Haushalte ergeben sich wiederum Einschnitte bei Leistungen der Städte und Gemeinden. Dies hat unter anderem zur Folge, dass Bibliotheken, Schwimmhallen, Jugendeinrichtungen, sowie Sozialleistungen nicht mehr unterstützt oder geschlossen bzw. eingestellt werden müssen. Um diese Aufgaben zu sichern und den Leistungsempfängenden nach SGB II eine soziale Teilhabe zu gewährleisten, gilt es solche Kommunen gesondert zu betrachten und zu entlasten.

BESCHLUSS 6

Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion; SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

Förderung umweltorientierter Auftragsvergabe bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen

Im Landesvergabegesetz (LVG LSA) soll der folgende § 3a oder eine vergleichbare Regelung eingefügt werden.

„ § 3a Förderung des Umweltschutzes:

- (1) Bereits bei der Definition des Auftragsgegenstands soll der Auftraggeber ökologische und soziale Belange berücksichtigen, soweit nicht haushaltsrechtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Vorgaben des Umwelt- oder Unionsrechts, insbesondere keine Beeinträchtigung des Marktzugangs für ausländische Bieter entgegenstehen.
- (2) Die Auftraggeber sind verpflichtet stets zu prüfen, welche Umweltauswirkungen der von ihnen anvisierte Auftragsgegenstand hat und ob diese Umweltbilanz durch umweltfreundlichere Alternativen verbessert werden kann. In der Ausschreibung sollen die Auftraggeber zur Abgabe umweltfreundlicherer Nebenangebote oder Varianten auffordern, bzw. eine auf den Erhalt von umweltfreundlichen Angeboten ausgerichtete funktionale Leistungsbeschreibung vornehmen.
- (3) Bei der Wertung der Wirtschaftlichkeit der Angebote sind auch die vollständigen Lebenszykluskosten des Produkts oder der Dienstleistung zu berücksichtigen.“

Begründung:

Das Vergaberecht ist eine ideale Möglichkeit über die Verknüpfung mit staatlichen Aufträgen unterschiedliche politische Zielsetzungen zu verwirklichen. Im derzeitigen Entwurf (zum Zeitpunkt der erstmaligen Antragseinreichung befand sich das Gesetz noch in der ersten Lesung im Landtag; Entwurf LT-Drs. 6/644) für das neue Landesvergabegesetz sind sowohl die Mittelstandsförderung, die Tariftreue und die Entgeltgleichheit solche zentralen Politikziele. Der Umweltschutz ist ebenfalls an einigen Stellen für bestimmte Phasen der Auftragsvergabe berücksichtigt worden. Insbesondere für die zentrale Phase, die Bestimmung des Auftragsgegenstandes, wurde es jedoch versäumt explizit auf dessen Umweltfreundlichkeit hinzuwirken.

Die EU-Vergaberichtlinien sind gegenüber dem Auftragsgegenstand neutral und enthalten keine direkten Einschränkungen. Begrenzt wird die Auswahlfreiheit durch das primäre Unionsrecht (insbesondere Transparenz- und Publizitätsvorschriften) sowie die

haushaltsrechtlichen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Diese Grenzen würden durch den neuen § 3a LVG LSA auch nicht berührt. Er dient dafür ausdrücklich der Umsetzung der Staatszielbestimmung zum Umweltschutz des Art. 20a GG in die Wirklichkeit des Staatshandelns.

Meist werden bei der Leistungsbeschreibung des Auftragsgegenstandes konkrete Vorgaben mit bestimmten technischen Spezifikationen gemacht. Eine Alternative dazu liegt in der funktionalen Leistungsbeschreibung, bzw. der Zulassung von Nebenangeboten oder Varianten. Dabei werden durch den Auftraggeber zu erfüllende Mindestanforderungen aufgestellt, sowie ein Ziel – etwa eine möglichst energiesparende Lösung – vorgegeben. Dem Bieter obliegt es dann, konstruktive Lösungen oder Lösungsvarianten für die Zielerreichung zu finden. Somit wird der Markt für innovative und ökologische Ergebnisse geöffnet und Wettbewerbschancen gegenüber traditionellen Produkten, die bei konkreten Leistungsbeschreibungen favorisiert werden, erhöht. Zudem wird durch die potentiell höhere Zahl an Bietern der Wettbewerbsdruck gesteigert und mehr Wettbewerb geschaffen. Auf diese Weise wird es dem Auftraggeber ermöglicht, in der späteren Angebotswertung aus mehreren Varianten diejenige auszuwählen, bei der das Verhältnis zwischen möglichst hohem Umweltschutzniveau und – damit in der Regel einhergehenden – höheren Kosten am ausgewogensten erscheint.

Mit dem dritten Absatz soll zudem die häufig dem Umweltschutz im Wege stehende getrennte Betrachtung der Anschaffungs- und Unterhaltungskosten im öffentlichen Haushalt verhindert werden. Beispielsweise sind verbrauchsärmere Geräte häufig in der Anschaffung teurer, im Unterhalt aber entsprechend günstiger. Mit Hilfe der Berücksichtigung der vollständigen Lebenszykluskosten (einschließlich Entsorgungskosten) werden somit umweltfreundlichere Leistungen besser vergleichbar zu konventionellen Dienstleistungen oder Produkten. Mit dieser Änderung des Landesvergabegesetz würde Sachsen-Anhalt zeigen, dass es den Umweltschutz ernst nimmt und damit den positiven Beispielen anderer Bundesländer wie Thüringen, Berlin und Hamburg, die bereits eine konkretere/verpflichtende Berücksichtigung von Umweltaspekten im Landesvergaberecht geregelt haben, folgen.

BESCHLUSS 7

Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

S-Direkt-Belegschaft unterstützen

Die Stadträte mit Kontrollfunktionen (Aufsichtsräte, Beiräte, Verwaltungsräte) der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) werden aufgefordert, Dumpinglohnverhältnisse, die in ihrem Aufsichts- oder Kontrollbereich auffallen zu benennen und alle Möglichkeiten zu nutzen, solche Missstände zu beenden.

BESCHLUSS 8

Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand; SPD-Parteikonvent

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

SPD-Rentenkonzept anpassen

Die Delegierten zum Parteikonvent werden aufgefordert, alle Anträge zu unterstützen, die

- a) eine so genannte Erwerbstätigenversicherung einführen wollen,
- b) ein Rentenniveau von mindestens 51 Prozent vorsehen,
- c) sämtliche Subventionen von Betriebs- und privaten Rentenmodellen zugunsten der gesetzlichen Rentenversicherung zurückfahren wollen,
- d) sämtliche bestehenden Ungleichheiten im Rentenrecht West + Ost unter Beibehaltung des Günstigkeitsprinzips beseitigen oder schrittweise abbauen wollen,
- e) eine Streichung sämtlicher, nicht unmittelbar mit der Rentenfrage zusammenhängender Allgemeinplätze im Rentenpapier des Parteivorstandes anstreben.

Die Punkte a) bis e) sind von der SPD in Regierungsverantwortung bis 2017 umzusetzen.

BESCHLUSS 9 **Weiterleitung an: SPD-Partiekonvent**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

SPD-Rentenkonzept anpassen (2)

In den Beschluss des Parteikonvents zum Rentenkonzept der SPD wird an geeigneter Stelle folgender Text eingefügt:

Auch über zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung ist der Fokus der Rentenpolitik verstärkt auf die Situation heutiger und zukünftiger Renten-Empfänger im Westen gelegt. Aber insbesondere Erwerbsarbeit und Rentensituation haben sich in den beiden großen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich entwickelt.

So überwiegen beispielsweise die Zeiten von Erwerbslosigkeit und Beschäftigung im Niedriglohnsektor im östlichen Teil Deutschlands noch viel stärker und auch die Renteneinkommen basieren vor allem auf Leistungen aus der Gesetzlichen Rentenversicherung. Die erhoffte Angleichung von Löhnen und Gehältern auf der einen und Renten auf der anderen Seite in Ost und West ist (noch) nicht eingetreten. Seit Mitte der neunziger Jahre stagnieren die Arbeitseinkommen in Ostdeutschland bei rund 80% der Arbeitseinkommen in Westdeutschland. Darüber hinaus ist es nicht gelungen, in Ostdeutschland die Quote der Tarifbindung Westdeutschlands auch nur annähernd zu erreichen. Das führt unter anderem dazu, dass betriebliche Sozialleistungen, zu denen auch Betriebsrentenzusagen gehören, in Ostdeutschland weiter deutlich hinter westdeutschem Niveau zurückbleiben.

Es wird ein Eckpfeiler eines sozialdemokratischen Rentenkonzepts sein, auf diese Umstände zu reagieren und Gerechtigkeit für ostdeutsche Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sowie Rentnerinnen und Rentner zu schaffen.

So muss die Ungleichbehandlung bei den Anrechnungszeiten für Kindererziehung aufgehoben und eine Angleichung vorgenommen werden. Es darf keinen rentenrechtlichen Unterschied darstellen, ob ein Kind in Bayern oder in Sachsen, in Hessen oder in Sachsen-Anhalt erzogen wird.

Die Stärkung der Betriebsrente, wie sie im Rentenkonzept des PV vorgeschlagen wird, ist für Ostdeutschland aufgrund der beschriebenen Unternehmens-, Lohn- und Tarifstruktur unbefriedigend. Der wichtige Schritt einer gleichen Höhe der Solidarrente in Ost und West kompensiert die besondere Situation in Ostdeutschland nur unvollständig. Auch die Zahl von Verträgen der privaten Altersvorsorge ist in Ostdeutschland zu gering, um einen angemessenen Lebensstandard der Rentnerinnen und Rentner wirksam zu sichern.

Um der besonderen Situation Ostdeutschlands Rechnung zu tragen, müssen die aktuellen Rentenwerte in Ost und West bei gleichzeitiger Beibehaltung der unterschiedlichen

Entgeltpunktberechnung im Verlauf der kommenden Wahlperiode des Deutschen Bundestages angeglichen werden. Dazu soll in der kommenden Legislaturperiode des deutschen Bundestages ein Rentenüberleitungsabschlussgesetz verabschiedet werden, mit dem die derzeit bestehenden Ungerechtigkeiten aus der Rentenüberleitung beseitigt werden.

BESCHLUSS 10

Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

Resolution: Starke Universität – starke Stadt: Eine aufgabengemäße Finanzierung der Martin-Luther-Universität ist notwendig!

Universität als Standortfaktor begreifen!

Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist die treibende Kraft für die weitere positive Entwicklung der Stadt Halle (Saale). Die Universität ist der zentrale Standortvorteil in Halle und sie ist einer der größten Arbeitgeber der Stadt. Durch die vielen Studierenden ist Halle eine lebendige, lebhaft und pulsierende Stadt. Die Studierenden tragen wesentlich zu einer lebendigen Stadt und damit einem positiven Lebensgefühl bei. Weiterhin sind die Studierenden eine nicht zu unterschätzende Konsumentengruppe, welche durch ihre schiere Zahl eine Menge Kaufkraft in die Stadt bringt. Damit stellen sie eine wesentliche Stütze für die Wirtschaft in Halle, insbesondere für den Einzelhandel und die Gastronomie dar.

Universität prägt Stadtgesellschaft!

Neben diesen rein ökonomischen Gesichtspunkten stellt die Uni durch ihre vielen kleinen Fächer auch einen kulturellen Schatz dar. In Halle können sehr kleine und besondere Fächer studiert werden. Somit werden sehr spezielle Wissensbestände vermittelt, die einzigartig und damit ein Alleinstellungsmerkmal der Uni Halle und letztlich auch der Stadt Halle sind. Wenn sich die Studierenden mit ihrem Wissen in der Stadtgesellschaft, in den vielfältigen bürgerschaftlichen Organisationen, einbringen, wird die Stadt mit vielfältigem Wissen bereichert. Die deutschlandweit einzigartige Vielfalt der Fächer in Halle gilt es zu erhalten! Wir SozialdemokratInnen haben ein großes Interesse daran und die Stadt Halle sollte ein ebenso großes Interesse haben!

Finanzielle Schieflage der Universität benennen!

Die Universität steht derzeit durch die hochschulpaktbedingten zahlreichen Studierenden und eine gleichzeitig zu geringe Finanzausstattung unter Druck. Das Rektorat plant daher, das bestehende Haushaltsdefizit durch Stellenabbau oder nicht Wiederbesetzung von frei werdenden Stellen abzubauen. Dies stellt angesichts des ohnehin in vielen Bereichen der Universität bestehenden Mangels, des schlechten Betreuungsverhältnisses von Lehrenden und Studierenden für uns SozialdemokratInnen keine Lösung dar!

Wir sind der Überzeugung, dass die Universität auch ohne die leistungsorientierte Mittelvergabe so ausgestattet werden muss, dass die Lehre in allen Bereichen qualitativ abgesichert ist. Die Universität braucht die finanzielle Ausstattung, die ihren Aufgaben entspricht.

Für eine gute Lehre bedarf es jedoch auch Lehrpersonal, das eine Beschäftigungsperspektive von mehr als einem halben Jahr aufweist! Gerade wir SozialdemokratInnen werden uns für bessere, sozial gerechtere Beschäftigungsverhältnisse an der Universität einsetzen. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse, die Unsicherheit und Perspektivlosigkeit, die auch auf die (Finanz)Politik von SozialdemokratInnen zurückzuführen ist, sind mit den Grundwerten und den politischen Zielen der Sozialdemokratie unvereinbar. Hier gilt es tätig zu werden!

Die genannten Missstände sind veränderbar! Dafür braucht es eine höhere Zuweisung des Landes an die Universität. Das Budget der Hochschule muss sich nach den zu leistenden und verabredeten Aufgaben und nicht a priori nach dem zur Verfügung gestellten Finanzrahmen richten.

Insbesondere für die anstehenden strukturellen Veränderungen, die an der Universität nötig sind um sie für die weiter Zukunft und Herausforderungen aufzustellen, bedarf es auch finanzieller Mittel um diese in guter Qualität bewältigen zu können.

Unsere Forderungen:

- ✦ Die SPD Halle setzt sich für eine den Aufgaben gemäße Finanzierung der Uni Halle durch das Land Sachsen-Anhalt ein. Aufgabengemäße Finanzierung heißt, dass für die Studierenden, auch über die Regelstudienzeit hinaus, gute Lernbedingungen geschaffen werden. Dafür ist insbesondere eine entsprechende Finanzierung für ausreichend Lehrpersonal bereitzustellen.
- ✦ Wir lehnen jegliche Form prekärer Beschäftigungsverhältnisse an der Universität ab und schließen darin ausdrücklich alle Statusgruppen sowie externe Dienstleister ein.
- ✦ Wir fordern alle Amts- und MandatsträgerInnen auf, sich für eine entsprechende Ausfinanzierung der Uni Halle einzusetzen.
- ✦ Die hallesche Sozialdemokratie solidarisiert sich mit allen universitären Gruppen, die sich für eine starke Universität, für eine aufgabengemäße Finanzierung und gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse engagieren. Wir unterstützen das „Aktionsbündnis Pro MLU - Perspektiven gestalten!“ in seiner Arbeit.
- ✦ Wir streben an, durch unser politisches Wirken auch ProfessorInnen, Rektorat sowie politische EntscheidungsträgerInnen von der Notwendigkeit der genannten politischen Ziele zu überzeugen.